

Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission an den Landrat

betreffend Update Familienbericht

2017/126

vom 6. Januar 2021

1. Ausgangslage

Nach der Publikation des Familienberichts im Jahr 2010, so hält alt Landrätin Pia Fankhauser in ihrem Postulat vom März 2017 fest, sei es angezeigt, «ausgehend von den damaligen Handlungsempfehlungen und Zielen eine Evaluation durchzuführen». Die Postulantin ersucht den Regierungsrat darum, die statistischen Daten zu Themenfeldern wie etwa den Haushaltstrukturen und Familienformen, der finanziellen Situation der Familien, der Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit oder der familienergänzenden Kinderbetreuung im Sinne eines «umfassenden Updates» zu aktualisieren.

Die Antwort des Regierungsrats besteht einerseits aus dem formellen Bericht zum Postulat und andererseits aus dem aktualisierten [Familienbericht](#). Diese 140-seitige Auslegeordnung, so heisst es, «lehnt sich wie gefordert an den Familienbericht 2010 an». Aus Kostengründen wurde aber auf eine separate Befragung verzichtet bzw. es wurde auf Studien anderer Behörden oder Institutionen sowie die Resultate von nationalen, regionalen oder auf Spezialfragen fokussierten Befragungen zurückgegriffen.

In der Postulatsbeantwortung selber werden diverse Aspekte aus dem neuen Familienbericht summarisch beleuchtet. Seit 2010, so heisst es etwa, gebe es deutlich mehr Plätze für die familienergänzende Betreuung. Der Kostenanteil, den die Eltern hierfür übernehmen müssten, sei aber interkantonal verglichen relativ hoch. Schweizweit liege der Kanton Basel-Landschaft bei der Höhe des frei verfügbaren Einkommens – dies eine weitere Erkenntnis – im Kantonsvergleich auf Rang 23. Neben den Kinderbetreuungskosten falle dabei auch ins Gewicht, dass die Mieten für stadtnahe Wohnungen hoch seien. Weiter wird festgehalten, dass viele der Sozialhilfe vorgelagerte Leistungen (Krankenkassenverbilligungen, Stipendien etc.) stagniert haben oder reduziert wurden.

Basierend auf dem Familienbericht solle nun ein «Massnahmenplan» erstellt werden, der dem Regierungsrat vorgelegt und anschliessend «schrittweise, unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten und der bereits laufenden Projekte sowie der Zuständigkeiten» umgesetzt werden soll. Darin eingeschlossen ist auch eine «regelmässige Berichterstattung zum Thema Familie».

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen. Der Regierungsrat beantragt die Abschreibung des Postulats.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Kommission hat die Vorlage an ihrer Sitzung vom 7.12.2020 behandelt, dies im Beisein von Regierungsrätin Kathrin Schweizer und Stephan Mathis, Generalsekretär der Sicherheitsdirektion (SID). Katrin Bartels, stv. Generalsekretärin der SID, hat Familienbericht und Vorlage vorgestellt.

2.2. Eintreten

Eintreten war unbestritten.

2.3. Detailberatung

Die Votantinnen und Votanten bezeichneten den aktualisierten Familienbericht unisono als gute Grundlage, um allfällige Verbesserungen faktenbasiert angehen zu können. Der Bericht öffne auch den Blick für neue Aspekte wie die Pflege von älteren Angehörigen, welche vor zehn Jahren noch kein Thema waren.

Für Erstaunen und Diskussionen sorgte namentlich der Umstand, dass der Kanton Basel-Landschaft beim frei verfügbaren Einkommen im interkantonalen Vergleich sehr schlecht abschneidet. Die primären massgeblichen Faktoren sind wie erwähnt die Wohnkosten und – dies zeige in vergleichbarer Weise auch der [Armutsbericht](#) vom Frühjahr 2020 – die Aufwendungen für die familienergänzende Kinderbetreuung. Die Wohnkosten seien aus verschiedenen Gründen nur schwerlich zu beeinflussen, hiess es seitens der Verwaltung. Man wolle darum mehr im Bereich der Kinderbetreuungskosten aktiv werden, um Abhilfe und den Familien damit unmittelbar mehr Spielraum zu verschaffen. Diese Aufgabe ist aber – so ein Hinweis aus der Kommission – bei den Gemeinden angesiedelt, welche teilweise ihre FEB-Zuschüsse gesenkt haben. Die Verwaltung bestätigte dies und will darum partnerschaftlich mit den Gemeinden schauen, welche Massnahmen möglich sind.

Angesprochen wurde last but not least auch das Thema der Zeitgutschriften, welche in einem älteren Vorstoss (2013/105) als «Anreiz für die Freiwilligenarbeit» vorgebracht wurden, derzeit aber nicht im Fokus stehen.

3. Antrag an den Landrat

://: Die Kommission beantragt dem Landrat mit 9:2 Stimmen ohne Enthaltungen, das Postulat 2017/126 abzuschreiben.

06.01.2021 / gs

Justiz- und Sicherheitskommission

Jacqueline Wunderer, Präsidentin

Beilagen

keine